

MITSchrift 3te Gemeinderatssitzung 6. Juli 2015 von 19:30 – 21:20 Uhr

Es sind 18 Mandatare, der Bürgermeister + Vizebürgermeisterin + Amtsleiterin anwesend.

Entschuldigt sind Müllner Marlene, Manuel Erber, Herta Prisching.

Zusätzlich sind 15 interessierte Zuhörer im Sitzungsaal. Auch die Presse ist anwesend.

Tagesordnung

1. Verbot Elektronische Sitzungsaufzeichnung

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde von uns ein Tonaufzeichnungsgerät verwendet, damit wir uns bei der Erstellung unserer SitzungsMITschrift leichter tun. Das ist in der NÖ Gemeindeordnung ausdrücklich erlaubt. Es kann aber für gewisse Punkte der Tagesordnung bzw. pro Sitzung durch einen Mehrheitsbeschluss im Gemeinderat untersagt werden.

Genau das möchte der Bürgermeister in der heutigen Sitzung als ersten Tagesordnungspunkt tun. GR Fellner fragt den Bürgermeister warum. Die Aufzeichnung wird nicht öffentlich verwendet, sondern um unser eigenes Sitzungsprotokoll leichter erstellen zu können. Was spricht dagegen. Die Sitzung ist ohnehin öffentlich. GR Tobias gibt zu bedenken, das Landtagssitzungen sogar live übertragen werden und St. Pölten aktuell überlegt GR Sitzungen per Videostream live ins Internet zu stellen.

Auch die Zuhörer der Gemeinderatssitzungen geben zu erkennen, das sie den Antrag nicht verstehen. Es erfolgt ein lautstarker Ordnungsruf des Bürgermeisters an die Zuhörer mit dem Hinweis bei einem nochmaligen Zwischenruf den Saal räumen zu lassen.

Per Abstimmung wird beschlossen, das KEINE elektronische Sitzungsaufzeichnung stattfinden darf.
„Niemand außer uns braucht ein Protokoll schreiben“ – sagt der Bürgermeister
Wir können das schwer nachvollziehen, Transparenz sieht anders aus.

Die offiziellen Protokolle sind immer stark reduziert, nur die Beschlüsse werden notiert, keine Erklärungen wie es dazu kam, bzw. Wortmeldungen in der Sitzung, als Ergänzung fertigen wir daher unsere MITschrift an, so wie wir es vor der Wahl versprochen haben – um Transparenz zu schaffen.

Dafür: SPÖ

Dagegen: Alle anderen Fraktionen

2. Angelobung zum Mitglied des Gemeinderates

Franz Stoll (langjähriger Gemeinderat) wird als Ersatz für Norbert Speiser angelobt, da dieser sein Mandat zurückgelegt hat.

3. Ergänzungswahl in die Gemeinderatsausschüsse

Franz Stoll wird in folgende Ausschüsse gewählt (ebenfalls als Ersatz für Norbert Speiser):

Bauwesen-, Wasserversorgung- und Abwasserbeseitigungsausschuss

Raumordnung-, Verkehrs- und Liegenschaftsausschuss

4. Bestellung Zivilschutzbeauftragter

gfGR Peter Hiesberger wird als Zivilschutzbeauftragter bestellt

5. Bestellung Mobilitätsbeauftragter

gfGR Eva Woisetschläger wird als Mobilitätsbeauftragte bestellt

6. Einwendungen zum Protokoll

Wir ersuchen den Bürgermeister und die Amtsleiterin künftig bitte die gesetzlichen Fristen für die Erstellung des Gemeinderatsprotokolles einzuhalten. (muss nach 14 Tagen übermittelt sein)

Das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung wurde erst 47 Werkstage nach der Sitzung, bzw. ein paar Tage vor dieser Sitzung übermittelt.

7. Änderung örtliches Raumordnungsprogramm

Bis zum 17. Juli können noch Änderungen zum Raumordnungsprogramm eingebraucht werden.
(zB Ansuchen Grundstücksumwidmungen)

9. Wasserversorgungsanlage

Vertragsergänzung

Ergänzung des Liefervertrages mit der WA1 soll durchgeführt werden.
Da wir den Inhalt nicht kennen – enthalten wir uns der Stimme.

Wasserrohrbruch

In Anzenhof gab es einen mehrere Jahre unentdeckten Wasserrohrbruch bei dem insgesamt 4.000m³ Wasser versickert sind. Vom Geschädigten gibt es ein Ansuchen den Durchschnittsverbrauch der letzten 5 Jahre zur Bemessung heranzuziehen und die Menge Wasser die darüber -> durch den Rohrbruch verursacht wurde zum Einkaufspreis der Gemeinde an Ihn weiter zu verrechnen.

Wir stimmen dem Ansuchen zu, da der Gemeinde dadurch kein finanzieller Schaden entsteht. Nur der Gewinnaufschlag auf das Wasser entfällt. Allerdings geben wir zu bedenken, wenn jemand jahrelang seinen Wasserzähler nicht kontrolliert, ist eine Mitschuld nicht ganz von der Hand zu weisen.

Das Entgegenkommen der Gemeinde sollte nicht ausgenützt werden um Wasser zum Einkaufspreis erhalten zu können.

10. Straßenbau und Nebenanlage

Der Bürgermeister berichtet, das es im Kreuzungsbereich „hinter dem Gemeindeamt“ bei Hr. Gerhard Müllner zu Grundabtretungen gekommen ist, um die Strasse zu verbreitern. Die Gemeinde soll für die Kosten der Baumaterialien für die Wiedererrichtung der Gartenmauer + Zaun + Tor, etc. aufkommen. Die Arbeitszeit wird vom Land NÖ „Straßenmeisterei“ übernommen.

Wir fragen wie hoch die Kosten für die Gemeinde sind, diese Frage kann nicht beantwortet werden. Auch eine grobe Kostenschätzung ist zum Zeitpunkt der Sitzung nicht möglich. Wir halten fest, das wir grundsätzlich dafür sind, die Kreuzung zu entschärfen und auch den Grundstückseignern „welche dankeswerterweise Grund dafür abtreten“ zu entschädigen, bzw. deren Grundstückseinfriedung wieder zu errichten eine Selbstverständlichkeit ist.

Wir können nur nicht für etwas Abstimmen, wo die Kosten nicht einmal im Groben bekannt sind. Daher enthalten wir uns der Stimme.

Weiters sind die Bauarbeiten zum Zeitpunkt der Sitzung fertiggestellt, auch der Zaun ist bereits wiedererrichtet. Wozu eine Abstimmung im Nachhinein, wo sowieso schon Alles umgesetzt ist...???

11. Verkehrsangelegenheiten

Bitte an die Gemeinde Kartendaten aus der Gemeinde zu aktualisieren bzw. zu überprüfen. Die Gemeinde soll dafür gratis die Arbeitsleistung der Gemeindemitarbeiter zu Verfügung stellen. Fragen von uns, wer bekommt diese Daten...???. Wieviel Arbeitsleistung, wie viele Stunden...??? Was hat die Gemeinde davon...??? Wir wollen keine Anbieter von Navigationssoftware gratis unterstützen. Fragen können in der Sitzung nicht beantwortet werden, es wird versucht diese Fragen bis zur nächsten Sitzung abzuklären.

12. Fladnitztalradweg

Der Radweg soll neu ausgeschildert werden, die Gemeinden wo der Radweg durchführt sollen sich beteiligen. Auch hier haben wir nachgefragt, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen. Die Kosten sind nicht bekannt. Da die Kosten nicht bekannt sind, enthalten wir uns der Stimme, wir können über nichts abstimmen, wo keine Kosten bekannt sind.

13. Kindergartentransport und Mobilität

Der Bürgermeister berichtet, das von der Stadtgemeinde Wien jetzt ein Bus günstig zu erwerben wäre. Der Ford VarioBus, Baujahr 2008, hat 58.000km Laufleistung, Sommer und Winterreifen wären vorhanden. Ein ARBÖ Ankaufstest soll noch durchgeführt werden. Der genaue Kaufpreis ist unbekannt ca. 8.000,- Euro

Wir fragen nach, wer den Bus lenken soll -> da für den Kindergartentransport eine eigene Ausbildung benötigt wird. Eine genaue Planung gibt es dazu nicht, es soll durch Gemeindemitarbeiter erfolgen (welche die Ausbildung machen).

Wir fragen ob es schon Überlegungen für einen Fahrverein gibt. Wo ehrenamtliche Fahrer Fahrten mit dem Gemeindebus erledigen können. Ältere Personen zum Einkaufen/Heurigen in die Stadt bringen.

Wir halten den Bus für eine gute Idee, auch ein Kindergartentransport wäre sehr wünschenswert.

Wir verstehen nur die Vorgehensweise nicht wirklich, da es noch keinen Plan/Konzept gibt, wie der Betrieb organisiert werden könnte (Fahrverein/Kindergartentransport), dazu wurde in der letzten Gemeinderatssitzung vereinbart, das der Verkehrsausschuss sich dem Thema im Detail annehmen soll.

Warum soll bereits vorher ein Bus angeschafft werden, nur mit dem Kauf des Busses ist noch nichts passiert. Er muss auch betrieben werden können. Auch die Anschaffungskosten sind nicht das Problem, aber der laufende Betrieb muss sichergestellt werden.

Da keine genauen Kosten und auch kein Konzept für den Betrieb zum Zeitpunkt der Sitzung existiert, enthalten wir uns der Stimme.

SPÖ und FPÖ dafür.

14. Entsendung Schulgemeinde KG

Bürgermeister Krammel möchte als Beirat in die Schulgemeinde KG entsandt werden.

3 Mitglieder pro Gemeinde, jeweils der Bürgermeister + 2 zusätzliche Mitglieder.

einstimmig angenommen.

15. Resolutionen

Der Bürgermeister berichtet über die Resolution - „Jeder Bürger ist gleich viel Wert“

Das Finanzausgleichsgesetz, das die Verteilung der Steuereinnahmen auf die drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden regelt, ist äußerst komplex. Das Gesetz beinhaltet einen Verteilungsschlüssel, der auf das Jahr 1948, also die Nachkriegszeit, zurückreicht. Trotz der behobenen Kriegsschäden wurde der Schlüssel jedoch nicht angepasst und genau deshalb ergibt sich ein „Ungleichgewicht, wonach bei der Steuerverteilung Gemeinden massiv benachteiligt sind. Momentan bekommen Städte im Vergleich deshalb pro Einwohner mehr Förderung als kleine Orte pro Einwohner. Die Resolution spricht sich für eine Gleichbehandlung aus.

wird einstimmig beschlossen

Der Bürgermeister berichtet über die Resolution – KPC Kommunalkredit Public Consulting

In der Resolution geht es darum (siehe Beilage), die Bundesregierung soll sicherstellen, dass die neuen Besitzer der Kommunal Kredit AG denen der Bund vorher die Kommunal Kredit AG verkauft hat, genauso sorgvoll mit den Gemeinden umzugehen hat wie der vorige Besitzer die Republik Österreich.

Da die Republik Österreich vor kurzem ihren Anteil (99,78 Prozent) an der staatlichen Kommunalkredit Austria AG, deren 90% Tochter die KPC ist, bewusst an ausländische Fonds verkauft hat, verstehen wir die Resolution hinterher nicht.

Warum wird erst im Bund von den gleichen Parteien die Entscheidung getroffen die Kommunalkredit AG zu verkaufen, anschließend machen sich deren Gemeindevertreterverbände dann Sorgen, das der neue Besitzer nicht mehr so bemüht ist wie die Republik selber. Das hätte man sich vor dem Verkauf überlegen müssen, an wen man so eine für alle Gemeinden wichtige Einrichtung verkauft.

SPÖ/ÖVP dafür, FPÖ/MIT Fellner Enthaltung, MIT Tobias dagegen

16. Subvention

Schulgemeinde Wölbling (Verein NICHT KG)

GR Kiesling gibt bekannt, das ein Ansuchen der Schulgemeinde Wölbling vorliegt um Förderung für den Ankauf von Instrumenten (350,-- Euro). Es wird beschlossen, dieses Förderansuchen, genau so, wie das aller anderen Vereine in Wölbling zu behandeln. Max. Betrag 220,-- / pro Jahr

Einstimmig beschlossen

Ansuchen Fa. Wigof – Arbeitsplatzförderung

Förderung erfolgt immer Rückwirkend max. 3 Jahre für die Schaffung neuer Arbeitsplätze

Förderung Rückwirkend für 2013 (8 Arbeitsplätze) 1.600,-- Euro

Förderung Rückwirkend für 2014 (7,3 Arbeitsplätze) 1.466,-- Euro

nächstes Jahr letzte Förderung, dann Rückwirkend für 2015

Subvention – Pfingstsammlung

Soll mit 160,-- Euro unterstützt werden.

Reitverein Wölbling

Ansuchen um Unterstützung Sanierung Reithallenboden

Gesamtkosten 12.000,-- (davon bereits gefördert NÖ Land 2.000,-- 1.245,-- Sportunion)

Bürgermeister schlägt 1.000,-- Euro Förderung der Gemeinde vor.

GR Tobias gibt zu bedenken, das es ich um einen Verein handelt und alle Vereine gleich behandelt werden sollten. Förderung der Gemeinde ist daher eher als hoch einzustufen.

Dafür ÖVP, SPÖ

Enthaltung: FPÖ, MIT

Finanzierung – Feuerwehr Oberwölbling

Gemeindeunterstützung von 128.370 Euro für die Ausrüstung (2014/2015/2016) + das neue Fahrzeug. Kein Ansuchen vor 2017 mehr.

80.000 Euro Subvention vom Land, 80.000 Eigenmittel + Spenden, 16.000 Euro Bedarfszuweisung

Beschluss: einstimmig dafür

Anpassung Schulungskosten für Nachwuchspolitiker BH St. Pölten

Erhöhung von 1,86 auf 1,90 /pro Einwohner

Beschluss: einstimmig dafür

Landespolizeidirektion NÖ

Sucht um Förderung Ihrer Zeitschrift mittels Inserat von einer 1/8 Seite an 380,-- Euro

GR Tobias fragt nach der Auflage der Zeitschrift und deren Lesern/Erscheinungsort.

Die Zeitschrift ist ein internes Magazin und hat eine Auflage von 18.000 Lesern
(vorwiegend Innenministerium, Polizeigewerkschaft,...)

Nutzen für die Gemeinde ist sehr fraglich.

Daher sind wir gegen diese Förderung.

16a. Energiebeauftragter

In der konstituierenden Sitzung wurde der GVU (Gemeindeverband Umwelt) und Christian Pfeiffer als Energiebeauftragter bestellt. Derzeit herrscht eine unklare Situation wer sich um welche Themen kümmern soll. Auch nach der stattgefundenen Ausschusssitzung herrscht Unklarheit.

GR Fellner berichtet:

Christian Pfeiffer hat einen Erstvorschlag für ein Konzept vorgelegt mit der Bitte dieses im Ausschuss vorzustellen und diskutieren zu können, damit dieses Konzept anschließend im Gemeinderat beschlossen werden kann. Auch, damit er die notwendige Rückendeckung von der Gemeinde für seine Arbeit hat.

Dieses Konzept erging per Email an alle Ausschussmitglieder. Kein Ausschussmitglied und auch nicht der Bürgermeister hat mit Christian über den Inhalt dieses Konzeptes näher gesprochen.

Mit dem Hinweis, das wird dann in der Ausschusssitzung gemacht.

Christian wollte "sein" Konzept dann in der dazu extra einberufenen Ausschusssitzung vorstellen/diskutieren. Ihm wurde aber die Vorstellung seines Konzeptvorschlags verweigert. Christian war bei der Ausschusssitzung anwesend, allerdings nur vorm Gemeindeamt.

In der Ausschusssitzung wurde daher über Punkte gemutmaßt, anstatt den Ersteller des Konzeptes dazu zu befragen.

Christian Pfeiffer hat von Anfang an gesagt, er möchte nur dann Energiebeauftragter der Gemeinde werden, wenn das Konzept im Gemeinderat abgesegnet wird. Er möchte was weiterbringen und nicht diskutieren oder streiten.

Christian ist bei der Gemeinderatssitzung als Zuhörer anwesend, dankenswerter Weise wird er in der Sitzung angehört, Christian möchte unbedingt eine Abklärung der Situation.

Er bittet den Bürgermeister jetzt in der Sitzung die notwendige Klarheit zu schaffen und abzustimmen, wer in Zukunft mit dem Thema Energie in der Gemeinde beauftragt werden soll.

Will man nur das gesetzliche Minimum machen oder sollen Projekte angegangen werden.
(zB immer noch Beheizung des Gemeindeamtes mittels Strom – 5.000,--/pro Jahr)

Ist jetzt der GVU bestellt und wird beauftragt oder ist Christian Pfeiffer bestellt und wird beauftragt. Wenn nicht geplant/gewünscht ist Christian Pfeiffer zu beauftragen, was bringt dann die Bestellung als Energiebeauftragter...???

Ein Abstimmung lehnt der Bürgermeister ab.
Das Thema wird nochmals im Ausschuss behandelt.

Die Situation ist weiterhin unklar und es ist derzeit nicht erwünscht, dass Christian sein Wissen auch für Gemeindeangelegenheiten zur Verfügung stellt. Man möchte lieber den GVU weiterhin damit betrauen und dafür bezahlen.